

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.25 Uhr
Ende: 13.25 Uhr

1) Verzögerter Baubeginn Thalia

GR. Ing. **Lohr** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat! Da bei dem Bauvorhaben „Thalia“ trotz entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses keine baulichen Fortschritte zu erkennen sind, wurde dieses Projekt in der letzten Stadtregerungssitzung thematisiert. Im Zuge dessen wurde seitens des Herrn Bürgermeisters kundgetan, dass die Gründe für die Verzögerungen in der Sphäre der Firma Acoton zu suchen wären.

Ein zufällig geführtes persönliches Gespräch mit einem führenden Mitarbeiter gegenständlichen Unternehmens zeichnet nun aber ein anderes Bild der Sachlage.

Dem zufolge soll nämlich die Stadt Graz, im Konkreten die Finanzdirektion, bei der Fertigstellung der endgültigen Verträge hinsichtlich zeitlicher Dimensionen äußerst großzügig agieren.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Stimmt es, dass allfällige Verzögerungen hinsichtlich des geplanten Baubeginns für das im Betreff angeführte Bauvorhaben in die Wirkungssphäre der Ihnen zugeordneten Abteilungen fallen (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, ich darf Ihnen die Stellungnahme der sich in meinem Wirkungsbereich befindlichen Finanzdirektion vorlesen. Die Finanzdirektion nimmt wie folgt Stellung: Nein, der Baubeginn ist, so wie die gesamte Projektabwicklung inklusive Terminverfolgung in der Verantwortung der Projektgesellschaft. Diese muss sowohl in Investition, die Planung, baubehördliche Genehmigung, Finanzierung und Durchführung als auch den Betrieb, die Mietersuche und die Mietersicherung, Betriebskosten im Sinne einer permanenten Optimierung verfolgen. Die Rolle der Stadt Graz ist gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 14.4.2011 klargestellt. Ich darf noch ergänzen, dass bei diesem Gemeinderatsbeschluss die Stadt sich bereit erklärt hat, für das gesamte Investitionsvorhaben der Thalia, soweit es eben noch nicht umgesetzt ist, die Haftung zu übernehmen und damit eine wirtschaftliche Finanzierungsabsicherung für das Projekt übernommen hat.

GR. Ing. **Lohr**: Danke einmal für die Antwort, Herr Stadtrat Rüsch. Einiges, was Sie gesagt haben ist ja jetzt auch schon in den Medien bekannt gewesen. Unsere Frage richtet sich jetzt natürlich hauptsächlich Richtung Finanzierung und würden eben jetzt die Vertreter der Acoton morgen an Ihrer Türe stehen, wären hier diese Finanzierungsverträge unterschriftsreif beziehungsweise an was scheitert es jetzt, weil uns sind eben andere Infos bekannt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte vielleicht einmal was Allgemeines dazu sagen. Ich halte fest, dass die Grundsatzentscheidung oder alle wichtigen Entscheidungen für diesen Bau gefallen sind. Wir haben im Laufe der letzten Monate sehr intensiv zwischen Theaterholding, zwischen der Kommunalkredit und selbstverständlich zwischen der Acoton und der Stadt, vertreten vor allem durch die Finanzdirektion, Verhandlungen geführt, um letztlich dieses Projekt jetzt auch in die Umsetzungsphase

zu bringen, nachdem sehr, sehr viele, wenn Sie so wollen, sehr viele entscheidende Schritte schon gesetzt worden sind. Was mich dabei ein bisschen stört, das ist, ich sage es einmal ganz vorsichtig, ein bisschen ein Zurücklehnen des Projektträgers im Sinne, wenn ich nicht das bekomme, dann fange ich nicht an. So ungefähr, wie wenn bei einem Hausbau der Elektriker erst dann den Raum betritt, wenn der Installateur den letzten Hammer auch noch beseitigt hat. Die Grundsatzentscheidungen sind alle gefallen. Das was wir nicht wissen, das ist, weshalb letztlich bei der Vertragsausfertigung noch irgendwelche Fragen aufgetreten sind. Für die Vertragsausfertigung ist die Stadt ja nicht zuständig, das ist eine Sache zwischen der Kommunalkredit und auch zwischen dem Projektträger. Die Stadt würde den Vertrag morgen unterschreiben, sobald er vorliegt. Nach meinen Informationen soll das auch im Laufe der nächsten Tage passieren und dann kann das Projekt gut über die Bühne gehen. Ich möchte nur noch was allgemein sagen, was ich einfach langsam ein bisschen unerhört und auch sehr, sehr ärgerlich finde vom Projektträger, dass er sich mehrmals, übrigens auch gestern in einer Zeitung, einfach sehr, sehr negativ über die Stadt und über deren Aufgabenerfüllung äußert. Ich finde das völlig unnötig, wir haben hier alle unsere Rolle in dem Spiel und wenn wir alle zusammenhelfen und gemeinsam an einem Strick ziehen, dann wird die Thalia nicht nur schnell gebaut werden, sondern sie wird auch rechtzeitig fertig werden. Danke.

2) Gesamtheit der Kosten der Freiwilligen Feuerwehr Graz

GR. **Schröck** stellt an StR. Dipl.-Ing. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werter Herr Stadtrat Rüsch! Welche Kosten sind der Stadt Graz für die Freiwillige Feuerwehr seit ihrer Gründung im Jahr 2008 insgesamt entstanden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke für die Fragen. Die Freiwillige Feuerwehr bekommt seit 2009 einen Zuschuss von Seiten der Stadt Graz; und zwar ist das einmal einfach die übliche Subvention für den Betrieb, der im Budget ausgewiesen ist, derzeit in der Größenordnung von 66.000 Euro. Zum Zweiten ist es die Übernahme der Mietkosten, die die Freiwillige Feuerwehr hat, Wache Süd und Wache Kroisbach, das sind derzeit zirka 130.000 Euro, die aber wieder in einer Haus-Graz-Betrachtung klarerweise in unsere Tasche fließen, weil die Gebäude der Stadt Graz gehören, und es gibt Zuschüsse zu Investitionen der Freiwilligen Feuerwehr. Insgesamt sind diese Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr über die Jahre 2009 bis zum Jahr 2011 in Höhe von 788.810 Euro geflossen. Ein weiterer Hinweis, keine Angabe über Kosten, ohne zu sagen, welche Leistung man dafür bekommen hat, das ist mir sehr wichtig, auch im Zusammenhang der Freiwilligen Feuerwehr, aber nicht nur dort, und da darf ich einfach einmal festhalten, dass von den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr seit ihrer Gründung bei insgesamt 2.159 Tätigkeiten insgesamt 57.636 Stunden ehrenamtlich geleistet wurden (*Applaus ÖVP*). Wenn man weiters sehr vorsichtig eine ehrenamtliche Stunde mit 20 Euro berechnet, dann entsprechen die geleisteten Stunden einem Wert von insgesamt 1.152.720 Euro, das ist also beträchtlich mehr als das, was die Stadt insgesamt in diesen Jahren für die Freiwillige Feuerwehr geleistet hat.

GR. **Schröck**: Das war sehr aufschlussreich.

3) Unzumutbare Zustände auf Grazer Flohmärkten

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage bezieht sich auf unzumutbare Zustände auf Grazer Flohmärkten. Abseits der einer eigenen Marktordnung unterliegenden Grazer Bauernmärkte ist auf den Grazer Flohmärkten – nebst diversem Trödel - ein inoffizieller „Schwarzmarkt“ auch für den Verkauf von Obst, Gemüse, Kuchen, Wurst und Fleisch in Graz entstanden. Besonders krass sind die Zustände auf dem jeweils wöchentlich stattfindenden Flohmarkt in Puntigam beim Cineplex-Kino und im Metro-Flohmarkt in Webling.

Die dort feilgebotene Ware stammt teils sogar aus dem Ausland, vornehmlich aus Slowenien, Ungarn und Kroatien und wird mittels Lieferwägen herangeschafft, die dem Vernehmen nach weder über Kühlgeräte noch sonst welche Erfordernisse verfügen und wochentags alles Mögliche andere transportieren mögen. Dies kann insbesondere an heißen Sommertagen, wie jetzt, zu enormen hygienischen Problemen führen, nebst Kontaminationen.

In Zeiten der EHEC-Infektionstragödie mit bisher bereits dutzenden Toten und tausenden teilweise lebensgefährlich und dauerhaft schwer erkrankten Bürgern in Deutschland ist es nicht akzeptabel, dass solches auf diesen Grazer Flohmärkte ohne funktionierende Kontrolle von Marktaufsicht, Gewerbeamt und Lebensmittelaufsicht von Statten geht, unterm „Trödel-Tarnmantel“ und, wie man sieht, gut organisiert.

Die Grazer Stadtregierung ist hierzu dringend gefordert, über die „Mauern“ der einzelnen Ressorts der Grazer Stadtsenatsreferenten hinaus dieses ernsthafte Problem prompt einer glasklaren Regelung zuzuführen. Solche dunkle Kanäle gefährden unsere Grazerinnen und Grazer und benachteiligen auch unsere heimischen Bauern, die sich an alle nötigen Vorschriften halten und nicht zuletzt auch Abgaben leisten.

Vor diesem Hintergrund und der zunehmenden Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen die meines Erachtens nach unzumutbaren Zustände auf Grazer Flohmärkten ergeht folgende

F r a g e

an den zuständigen Stadtrat Eisel-Eiselsberg: Werden die Grazer Flohmärkte durch das Marktamt in Bezug auf den Verkauf von Obst, Gemüse, Backwaren, Wurst und Fleisch in gleicher Strenge und Qualität beaufsichtigt wie die Grazer Bauernmärkte?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ja das Referat für Marktwesen, Gewerbekontrolle, prüft auch auf Flohmärkten die Qualität, die Preisauszeichnung und die Gewerbeberechtigung. In Ihrer Frage kommt ja zum Ausdruck, dass insbesondere die hygienischen Dinge beanstandet werden, im Falle eben auch der warmen Jahreszeit, und wenn hier hygienische Mängel festgestellt werden, informiert das Referat für Marktwesen, also unsere Kontrolloren und Kontrollorinnen, das Gesundheitsamt, die Lebensmittelkontrolle, denn die ist für diese Kontrolle dann letztendlich zuständig und federführend. Ich muss dazusagen, diese Flohmärkte, die Sie erwähnen, unterliegen nach einer rechtlichen Beurteilung nicht der Grazer Marktordnung und darum macht es auch die Bearbeitung durch die Stadt Graz und die Kontrolle durch die Stadt Graz nicht gerade leichter. Aber wir arbeiten ja mit Hochdruck an der neuen Grazer Marktordnung, die letzte ist meines Wissens ja aus dem Jahre 1988, und hier möchten wir auch für diese genannten Flohmärkte einfach den Gürtel auch enger schnallen, damit die Kontrollen noch effizienter und nachhaltiger durchgeführt werden können in Zukunft (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher:** Ich entnehme Ihren Antworten, dass nicht das gebotene Maß an Kontrollen derzeit geleistet wird und ich würde Sie daher bitten und die Frage sozusagen in meine Bitte und mein Ersuchen umwandeln, hier wirklich

interdisziplinär über die Stadtsektorgrenzen und Mauern hinaus hier wirklich Handlungen zu setzen, die wirklich auch örtlich sichtbar sind. Danke.

Zwischenruf GR. Grosz: Wo ist die Frage?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Interdisziplinär waren wir auch bisher schon tätig, nämlich im Zusammenwirken mit der Polizei, mit der Finanzbehörde. Die Wirtschaftskammer hat sich dann dort eingebracht und ich gehe davon aus, dass wir derartige Schwerpunktaktionen auch in Zukunft jetzt machen werden, insbesondere solange wir keine neue Marktordnung haben, und ich bin auch zuversichtlich, dass der Herr Kollege Stadtrat Müller über die Lebensmittelkontrolle auch da den Beitrag leistet, damit wir bis zur neuen Regelung hier effizienter werden können.

4) Bunte Menschen im Stadtpark-Pavillon

GR. **Rajakovics** stellt an StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In den letzten Wochen war mehrmals auch in den Medien das Thema des Vandalismus im Stadtpark und da ganz besonders rund um den Stadtpark-Pavillon. Das heißt, es geht dabei darum, dass im Weltkulturerbe Graz, dort wo Denkmalschutz und auch Naturschutz geboten wäre, eine Gruppe von Menschen eine Einrichtung nützt und zwar in einer Art und Weise, wie sie allen anderen, die den Park auch nutzen wollen, in keiner Weise zuträglich ist. Das heißt, nicht nur, dass im Pavillon genächtigt wird, es wird der Pavillon auch

entsprechend verschmutzt, es ist auch tagsüber ein Benehmen der Menschen, die sich dort aufhalten, an den Tag gelegt, dass alle anderen am Benützen und an dem auch für sie notwendigen Benutzen dieser Parkanlagen hindert. Das fängt damit an, dass bei etwas heftigerem Alkoholkonsum die Hunde nicht mehr unter Kontrolle sind, es sind mehrfach Beschwerden gekommen, auch wenn es zu keinen Bissverletzungen gekommen ist, dass Hunde auf Kleinkinder zulaufen, die Hunde werden auch ganz normal durch die frisch gepflegten Beete durchgeschickt, das machen im übrigen dann auch die Besucher, die sogenannten bunten Menschen. Es ist ein Zustand, der in der Art und Weise in keiner Weise toleriert werden kann. Es waren Ihre Wortmeldungen zu diesem Thema nicht ganz nachvollziehbar, ich glaube, dass etliche sich gefragt haben, wie kann man auf die Idee kommen, als Lösung anzubieten, man sollte den Pavillon ganz einfach quasi als Notquartier einrichten. Das ist aus unserer Sicht, das war zumindest die kolportierte Meldung. Deshalb stelle ich die Frage, das waren Meldungen, die eigentlich auch gezeigt haben, dass in irgendeiner Form eine Lösung von Seiten der Sozialstadträtin noch nicht in Sicht ist. Vielleicht ist das aber nicht so, deshalb stelle ich an Sie die

Frage,

es geht letztlich ja, wenn es auch um Wohnversorgung geht, das war ein Thema, das von Ihnen angeschnitten wurde, um vier Personen, ein Paar und zwei weitere Obdachlos. Was haben Sie für die Wohnversorgung der vier im Stadtpark-Pavillon hausenden Obdachlosen unternommen (*Applaus ÖVP*)?

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Erst einmal möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie die Begrifflichkeit richtig verwenden, ich halte nämlich nichts davon, hier von Asozialen zu sprechen, ich danke Ihnen dafür, dass Sie sie, wie die Gruppe sich auch selbst versteht, als die Bunten bezeichnen. Von einem

Notschlafquartier habe ich nie gesprochen, also dieses Gerücht ist ein Gerücht und nichts weiter. Aber zuerst einmal ein paar grundsätzliche Worte. Die jüngste Aktion, dass der Stadtparkpavillon verschweißt wird, zugesperrt wird hat, grundsätzlich ohne meine Einbindung stattgefunden. Ich bin drüber nicht informiert worden, meine mobilen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben mich darüber informiert, dass der Stadtpark-Pavillon verriegelt wird. Es hat auch mehrere Sitzungen gegeben, wo beraten wurde, wie hier weiter vorgegangen wird, wie gesagt, ich wurde nicht einbezogen, es konnte daher auch die Fachsicht der mobilen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu diesem Thema nicht eingebunden werden. In der Stadtregierungssitzung habe ich dann erfahren, dass ich, obwohl ich eben nicht eingebunden war, voll dafür verantwortlich bin und dass es ohnedies ein Angebot der Liegenschaftsverwaltung gäbe für die bunten Menschen im Stadtpark. Ich habe dann mit den Betroffenen, aber eben auch mit den mobilen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gesprochen, dieses Angebot hat es letztes Jahr gegeben, das ist eine Liegenschaft in der Eichbachgasse, und wenn man diese Liegenschaft kennt, dann weiß man, warum die nicht angenommen wird. Es ist ein ausgeräumter Zirkuswohngewagen ohne Strom, ohne Wasser, ohne Kanal, angeblich wimmelt es von Schlangen auf diesem Grundstück. Dieses Angebot wurde letztes Jahr gemacht, heuer, so bestätigen mir die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, ist kein entsprechendes Angebot ergangen, ist auch nicht möglich, weil diese Liegenschaft gibt es in dieser Form gar nicht mehr, weil das würde ein Teil des Freizeitparks für das künftige Murkraftwerk. Am Mittwoch hat mir der Herr Bürgermeister signalisiert, dass er bereit ist, ein Containerdorf einzurichten eben auf dieser Liegenschaft. Ich frage mich, wie das gehen soll, die Liegenschaft besteht meines Erachtens nicht mehr und ich finde das schon ein bisschen interessant, meine Vorgängerin Tatjana Kaltenbeck-Michl hat diesen Vorschlag einmal gemacht und damals ist sie eigentlich nur dafür belächelt worden. Ich könnte jetzt noch viel drüber philosophieren, wie die Menschenrechtsstadt mit Obdachlosen umgeht, das tue ich jetzt nicht, ich komme jetzt zur Beantwortung Ihrer Frage. Es wird Anfang August vermutlich eine Wohnversorgung geben für fünf bis acht Personen und ich sage vermutlich, weil der

Vertrag dieser Wohnversorgung noch nicht unterzeichnet ist, die Verhandlungen aber weitestgehend abgeschlossen sind. Ich bitte Sie, das zu verstehen, dass ich jetzt nicht angeben werde, wo diese Liegenschaft genau sein wird, weil ich diesen Vertrag einfach nicht gefährden möchte. Ich kann Ihnen nur sagen, es wird Anfang August mit großer Wahrscheinlichkeit, mit ziemlicher Sicherheit zu dieser Wohnversorgung kommen und es ist schon spannend, während andere diesen Pavillon auf- und zumachen, habe ich mich um eine Wohnversorgung gekümmert (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Ich hoffe, wir müssen nicht bei jedem Obdachlosen irgendwas versperren, bevor Sie sich drum kümmern, dass er eine Wohnversorgung bekommt (*Applaus ÖVP*), weil es schon Sache der Sozialstadträtin ist im Rahmen der Möglichkeiten, die auch über die offene Sozialarbeit, aber vor allem über Streetwork gegeben ist, entsprechend dort einzuwirken, wo Menschen offensichtlich nicht in die Gesellschaft hineinflinden und wo sie dann auch, auch durchaus für ein Klientel, nachdem das Seniorenreferat auch bei Ihnen ist, für ein Klientel, das auch in der Stadt diesen Park nutzen möchte, zu einem großen Problem wird. Also das ist bitte, wenn es nicht nur ein Sicherheitsproblem ist, dann ist es sehr wohl ein Problem der Sozialstadträtin, das wollte ich nur zur Richtigstellung sagen, nachdem ich gerade 30 Sekunden das richtiggestellt habe. Meine Zusatzfrage erübrigt sich, nachdem ich wahrscheinlich keine Antwort drauf bekommen werde, wie viele aufgrund der Maßnahmen, die Sie jetzt setzen, aus dem Klientel des Stadtparks aus Ihrer Sicht dann nicht wohnversorgt werden (*Applaus ÖVP*).

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Also das mit der Verantwortung ist schon spannend, ich bin verantwortlich, werde aber überhaupt in keine Maßnahmen eingebunden. Ich erfahre nie offiziell, dass dieser Stadtpark-Pavillon verschlossen wird und dass ich

dann dafür zuständig bin, das Problem zu lösen. Ich meine, das ist dann schon sehr spannend. Egal, ich fühle mich sowieso verantwortlich, ich fühle mich zuständig, ich habe, wie gesagt, für eine Wohnversorgung gesorgt. Derzeit sind vier Personen wohnungslos von den Betroffenen, fünf bis acht Wohnplätze werden geschaffen werden im August mit großer Wahrscheinlichkeit (*Applaus SPÖ*).

5) Nachmittagsbetreuung

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Im Zuge der Neuvergabe der Nachmittagsbetreuung bleibt bekanntlich kein Stein auf dem anderen: Mit dem Verein „Generationen in Partnerschaft“ übernimmt – so die Medienmeldungen und auch in Ausschüssen berichtet – ein neuer Verein alle 50 Standorte.

Was Eltern natürlich Sorge bereitet, da sich Kinder vielfach an das Betreuungspersonal gewöhnt haben und diese Kontinuität nunmehr gefährdet ist. Aber auch viele BetreuerInnen selbst machen sich selbstverständlich um ihre Arbeitsplätze größte Sorgen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie die

Frage:

Inwieweit werden Sie an den Verein GIP herantreten und diesen ersuchen, das bisherige Betreuungspersonal zu übernehmen (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Werte Frau Gemeinderätin! Ich danke Ihnen für die Frage, denn es ermöglicht mir, einfach ein paar Dinge, die auch durch die Medien gegangen sind, hier klarzustellen beziehungsweise auch Sie zu informieren, falls noch Unklarheiten da sind. Nicht nur der Verein GIP, auch alle anderen Vereine, es war von Anfang auch so festgehalten, haben sich bereit erklärt, und das war von Anfang an klargestellt, dass alle Pädagoginnen oder Pädagogen übernommen werden sofern sie das selbst wünschen. Das zu Ihrer ersten Frage beziehungsweise auch schon zur Beantwortung. Ich erlaube mir jetzt auch ein bisschen detaillierter darauf einzugehen, denn in der Fragestunde auch angeführt, Punkt 19 und 20 seitens der grünen Kollegen und auch seitens der KPÖ, sind noch ein paar Informationen eventuell offen und ich erlaube mir zu berichten, wie die Stadt Graz verantwortlich ist betreffend die Bereitstellung. Gemäß § 10 Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz und § 24 des Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetz sind wir verantwortlich für die Tagesbetreuung ausgenommen der Lernzeiten. Im letzten Gemeinderat haben wir rund 18 Millionen beschlossen für die Bereitstellung dieser Betreuerinnen und Betreuer, 2011 bis 2015. Die Angebote, wie auch eine Frage war, ob die diese Angebote, die eingekommen sind, es war eine EU-weite und in einem offenen Verfahren ausgeschriebene, für die Angebote, Ausschreibung. Das kann ich sehr gerne machen, das waren Sie auch beziehungsweise die Kolleginnen und Kollegen, die das gefragt haben. Das nächste Mal können wir das gerne natürlich im Ausschuss berichten, rein rechtlich ist aber auch nicht der Bildungsausschuss befugt, hier die Vergabeentscheidung zu treffen, das würde ich gerne an dieser Stelle gleich deponieren. Berichten können wir es gerne, aber die rechtliche Grundlage ist damit nicht gegeben. Die adäquate Entlohnung, und das haben wir auch mit dieser EU-weiten Ausschreibung geschafft, ist auch mit Anrechnung der Vordienstzeiten, das ist sogar eine sehr gute soziale Verbesserung, denn es war davor nicht niedergeschrieben, dass diese getätigt werden soll. Administration, es ging lediglich um die Administration, um die Verwaltung, denn alle anderen Pflichten liegen beim Schulleiter, bei der Schulleiterin, und auch das ist gesetzlich niedergeschrieben und in Abstimmung auch mit den jeweiligen Pädagoginnen und Pädagogen. Ich freue mich,

gestern erst Vormittag hat auch der Verein alle Pädagoginnen und Pädagogen eingeladen, um noch einmal etwaige Punkte zu besprechen und, wie gesagt, konnte sich jeder dieser bereits Angestellten beziehungsweise Pädagoginnen und Pädagogen äußern, ob sie dort bleiben wollen, mit ihren Kindern weiterarbeiten wollen und ich hoffe, das tun viele, denn es geht wirklich um unsere Kinder und immer um die Qualität der Betreuung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Danke für die Antworten auf Fragen, die ich überhaupt nicht gestellt habe. Meine Zusatzfrage lautet zu meiner ursprünglichen Frage, gibt es dazu auch eine schriftliche Vereinbarung (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Frau Gemeinderätin, ich habe das ganz zu Beginn beantwortet, dass wir das in der Ausschreibung mitgetan haben und die Vereinbarung für jeden Verein geltend und verpflichtend gewesen wäre, die Pädagoginnen und Pädagogen zu übernehmen. Das haben wir damals im Gemeinderat und auch im Anhang, aber ich kann Ihnen diese Information gerne im Nachhinein noch einmal austeilen, dass es immer seitens des Stadtschulamtes eine Verpflichtung war, diese zu übernehmen, egal welcher Verein oder welche Vereine sozusagen auch das Rennen gemacht hätten (*Applaus ÖVP*).

6) Fehlerhafte Berechnungen Mindestsicherungsrechner

GR. **Baumann** stellt an StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Schröck folgende Frage:

GR. **Baumann**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die letzten Monate haben ja im Sozialbereich schreckliche Kürzungen zur Folge gehabt durch die Reformpartnerschaft im Land, aber auch, man darf das nicht übersehen, auch durch massive Kürzungen, die im Herbst oder Anfang nächsten Jahres über die Bundesregierung auf uns zukommen beziehungsweise auf viele Menschen in Graz auch zukommen werden. Jetzt gibt es eine Mindestsicherung, wo wir beide, liebe Martina, ja nicht ganz glücklich sind über die Form der Mindestsicherung, dieser 12-maligen Auszahlung und weiteren Einschränkungen. Jetzt bietet das Sozialamt, dein Amt, einen behelfsmäßigen Mindestsicherungsrechner an, der leider falsche Ergebnisse, also zusätzlich zu dieser Sozialabbaudiskussion, zu dieser Schlechterstellung von Menschen, die schon wenig haben durch diese Mindestsicherung, bietet das Sozialamt einen Mindestsicherungsrechner an, der falsche Ergebnisse ausspuckt, wenn man ihn befüllt. Und ich möchte dich fragen, ich habe dich schon vor Wochen informiert, wann du diesen Missstand, diesen Fehler beheben möchtest?

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ. **Schröck**: Ja, lieber Heinz Baumann, danke einmal für deine Anfrage, ich habe mich das letzte Mal schon geschreckt, weil es war das erste Mal, dass ich keine Anfrage von dir bekommen habe, jetzt ist dieser Fixpunkt unserer Gemeinderatssitzungen wieder da. Zum Mindestsicherungsrechner, die Funktionalität war immer gegeben. Ich gebe zu, er war etwas schwer zu bedienen, man hat nämlich, nachdem man das Feld ausgefüllt hat, immer auf die Enter-Taste klicken müssen, das ist jetzt behoben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Ich weiß nicht, warum dieser Applaus kommt, es kommen, das mit der Enter-Taste ist ja nicht so eine Schwierigkeit auch für Menschen, die sozialökonomisch benachteiligt sind, es kommt nur, wenn man auch die richtigen Zahlen eingibt, zum Beispiel die Unterhaltszahlungen, wo es als Gesamtbeitrag zu berechnen ist und wenn es Unterhaltszahlungen für Kinder sind, kommen falsche Ergebnisse raus. Das habe ich auch mit deinem Mitarbeiter im Sozialamt so besprochen und alle Fachleute, die diesen Mindestsicherungsrechner als Behelf, als Unterstützung verwenden in den Sozialberatungen, merken, dass da das Ergebnis falsch ist. Ich selber, muss ich sagen, bin kein Freund dieser...

Zwischenruf GR. Eichberger: Zusatzfrage.

GR. **Baumann**: Na ja, ein bisschen Zeit kann man schon haben. Ich bin kein Freund von so Rechnern, die automatisch eine Sozialhilfe oder eine Mindestsicherung ausgeben, aber wenn man schon so ein Hilfsmittel verwendet, dann bitte ich darum, dass die Ergebnisse, die dann rauskommen, ob jemand einen Anspruch hat oder nicht, dass das zumindest gesichert ist und ich bitte dich, wir können das jetzt sofort durchrechnen, weil deine Antwort ist eine falsche gewesen und ich bitte dich noch einmal, zur Kenntnis zu nehmen, dass, wenn wir die Unterhaltsleistungen eingeben, dass dann in der Berechnung der Mindestsicherung ein falsches Ergebnis rauskommt. Meine Zusatzfrage lautet: Bitte rechne dir einmal etwas durch und dann vergleiche die Ergebnisse mit einem händisch erstellten Antrag und besprich das mit deinem Referenten oder der Referentin im Sozialamt, da wirst du sehen, dass die Ergebnisse nicht übereinstimmen.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Gut, noch einmal, das Ergebnis hat immer gestimmt, man hat nur nach jeder Eingabe die Enter-Taste drücken müssen. Dass das nicht besonders benutzerInnenfreundlich ist, gebe ich zu, es ist behoben, Heinz. Bitte schau auf die Homepage, schau dir den Mindestsicherungsrechner an, du wirst merken, wenn du die Zahlen eingibst, wird nebenbei schon richtig mitgerechnet, schau dir das bitte an. Schau jetzt rein auf die Homepage, du kannst auch gerne zu mir ins Büro rauf kommen, dann können wir uns das anschauen.

GR. Baumann: Unter Unterhaltgesamtbeitrag steht Unterhalt Gesamtbetrag.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Ich schlage vor, wir schauen uns das im Anschluss gemeinsam bei mir oben im Büro an, meines Erachtens hat er immer richtig gerechnet und ich bin davon überzeugt, dass er das auch jetzt tut (*Applaus SPÖ*).

7) Zukunft des Künstlerhauses

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Ich könnte ja den KollegInnen vorher auch den Tipp geben, auf den KPÖ-Mindestrechner umzusteigen (*Applaus KPÖ*), der ja auch falsch war. Sehr geehrter Herr Stadtrat Müller! Das Grazer Künstlerhaus ist beim Universalmuseum des Landes Steiermark angesiedelt. Die Stadt Graz ist mit 15 % am Universalmuseum beteiligt und sollte daher auch Interesse am zukünftigen Schicksal des Künstlerhauses

haben. Dieses soll laut Wirtschaftsplan des Universal museums aus diesem ausgegliedert und umfassend saniert werden.

Leider ist bis heute die weitere Nutzung des Hauses noch immer ungewiss, wie es auch ungewiss ist, welche Institution in Zukunft dafür die Verantwortung dafür tragen wird.

Das Künstlerhaus war in der Vergangenheit und ist auch heute noch die Heimat der großen steirischen Künstlervereinigungen, diese hatten bisher für ihre jährlichen großen Ausstellungen unentgeltlichen Zugang zu diesem Veranstaltungsort. Nunmehr gibt es die Befürchtungen, dass in Zukunft die Künstlervereinigungen auf der Straße bleiben werden.

Am 19. Juli soll es eine Enquete mit Kulturlandesrat Buchmann geben, in der das Schicksal des Künstlerhauses Thema sein wird.

Für das Grazer Kulturleben und das Künstlerhaus ist das Künstlerhaus eine wichtige Einrichtung und dies sollte auch in Zukunft so bleiben und wenn möglich noch verbessert werden.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgende

Frage

an Sie, Herr Stadtrat: Sind Sie bereit, sich bei Kulturlandesrat Buchmann dafür einzusetzen, dass die Künstlervereinigungen auch in Zukunft eine Heimat im Künstlerhaus Graz haben werden, und sind Sie bereit, dies auch bei der dafür veranstalteten Enquete am 19. Juli dieses Jahres zum Ausdruck bringen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Es ist eine ganz wichtige Ausstellungsfläche, die wir hier mit dem Künstlerhaus haben, das ist ganz, ganz was Wichtiges, weil wir haben insgesamt zu wenige Flächen in Graz sowohl für Produktion als auch für Ausstellungen. Deshalb ist es ein großes Anliegen, diese Forderung, die auch von sehr vielen Künstlerinitiativen an mich herangetragen worden ist, zu unterstützen. Sie wissen, Sie haben das auch angesprochen. Es gibt eine Sanierung, bis 2012 ist sie anberaumt, es gibt aber absichernde Bedingungen in den Gründungsverträgen und zwar ist es so, dass die Stadt Graz hier sehr wohl auf widmungsgemäße Verwendung des Künstlerhauses Augenmerk legen wird, und ich habe das auch schon zum Gegenstand eines Gespräches mit der Geschäftsführung vom Universalmuseum Joanneum gemacht, wo ich darauf hingewiesen habe, dass hier eben die Interessen der Kulturschaffenden, der Kunstschaffenden wirklich berücksichtigt werden. Es ist so, dass wir dort mit dieser Sanierung, glaube ich, wirklich eine sehr ordentliche Infrastruktur haben und dass ich selbstverständlich gerne dafür eintrete, auch beim Herrn Landesrat Buchmann, dafür, dass diese Stätte auch weiterhin zur Verfügung steht. Allerdings ist es so, das habe ich auch gehört, dass es durchaus dort strategische Überlegungen gibt, das zu entwickeln, die allerdings noch der Beschlüsse der zuständigen Organe bedürfen und da werden wir uns selbstverständlich entsprechend einbringen und ich bin gerne bereit, diesen Wunsch auch wirklich nachhaltig zu unterstützen (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

8) Kooperationsprobleme zwischen Polizei und Ordnungswache

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Ausgabe der Wochenzeitung „der Grazer“ vom 3. Juli wurde der Sprecher der Grazer Polizei, Herr Maximilian Ulrich, mit folgenden Worten zitiert: „Für sinnvoller würde ich eine gescheite Kooperation zwischen Polizei und Ordnungswache bei der Überwachung der Parks halten.“ Ende des Zitats.

Diese Aussage wirft ein ungünstiges Licht auf die aktuelle Zusammenarbeit der Ordnungswache mit der Polizei.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Frage:

Woran liegt es, dass in der Kooperation zwischen Polizei und Ordnungswache offensichtlich Probleme bestehen und welche Maßnahmen sind von deiner Seite geplant, um diese Reibungsverluste zu minimieren (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für diese Frage, zu der unter dem Betreff angeführten Anfrage an mich ergeht seitens des Stadtpolizeikommandos Graz folgende Stellungnahme: Die Zusammenarbeit der Polizei Graz und der Ordnungswache kann als sehr gut bezeichnet werden. Mehrmals jährlich finden Treffen der Führungsverantwortlichen beider Organisationseinheiten statt, bei denen der Status quo erläutert wird und gemeinsame Wege für die Zukunft skizziert werden. Kooperative Aktionen in verschiedenen Größenordnungen runden dieses Bild ab und haben bisher in der Praxis stets einen positiven Niederschlag gefunden. Zur Person des zitierten Maximilian Ulrich ist anzuführen, dass dieser nicht der Sprecher der Polizei Graz ist, sondern für die Sicherheitsdirektion Steiermark tätig ist. Sollte Herr Ulrich tatsächlich derartige Aussagen gegenüber dem „Grazer“ getätigt haben, so sind solche Äußerungen nicht nachvollziehbar. Nach den Vorgaben des Herrn

Sicherheitsdirektors dürfte Herr Ulrich gegenüber den Medien in punkto Graz nur Stellungnahmen abgeben, die mit der Bundespolizeidirektion Graz beziehungsweise mit dem SPK Graz akkordiert sind. Dies war in der gegenständlichen Angelegenheit nicht der Fall. Es wird die Causa an die Sicherheitsdirektion beziehungsweise an das nun im LPK Steiermark neu eingerichtete Büro für Öffentlichkeits- und Pressearbeit herangetragen, um in Zukunft eine derartige unprofessionelle Vorgangsweise zu vermeiden.

GR. Mag. **Korschelt**: Für mich richtet sich jetzt die Frage, das es natürlich wieder rein um formale Dinge geht. Mir geht es ja eher ums Inhaltliche, wenn dieser Kollege von der Polizei sagt, mag sein, dass er jetzt vielleicht für das Land zuständig ist, aber es geht doch um die inhaltliche Ausrichtung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also noch einmal, es hat sich jemand zu Wort gemeldet, der nicht einmal zusammenarbeitet. Ich weiß auch nicht, ob er es wirklich getan hat, das muss der „Grazer“ klären. Selbstverständlich haben wir eine inhaltliche Ausrichtung definiert und das ist in unserer Sicherheitspartnerschaft mit dem Polizeikommando, mit der Bundespolizei auch tief verankert. Unter den zukünftigen Arbeiten steht unter Punkt 1 Unterstützung der Organe des Stadtpolizeikommandos durch Einrichtung der Ordnungswache Graz zur Wahrnehmung einfacher Regelwidrigkeiten. Die Ordnungswache soll vorerst die Einhaltung von ortspolizeilichen Verordnungen, Grünanlagen, Straßenmusik, Gesundheitsschutz, Immissionsschutz, Streumittel, von einzelnen Bestimmungen des Landessicherheitsgesetzes sowie von den dazu ergangenen Verordnungen, vor allem Alkoholverbot überwachen. Die Überwachung soll auch während der Nachtstunden sowie an Sonn- und Feiertagen stattfinden. Im Sinne einer bestmöglichen Kooperation zwischen Stadtpolizeidirektion Graz und dem

Kommando Graz wird die Bundespolizeidirektion die von der Stadt Graz beantragte Bestellung von Aufsichtsorganen gemäß des Steiermärkischen Aufsichtsgesetzes vornehmen und werden die Organe ihre Einsätze bestmöglich abstimmen sowie andere Mitwirkung der Zusammenarbeit und, und, und. Ich darf dir das vielleicht dann auch noch einmal mitgeben, das was die Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt, also wir haben es organisiert, alle, die wirklich arbeiten, sagen, das funktioniert prächtig und warum der Herr im „Grazer“ das äußert oder der „Grazer“ so schreibt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich glaube, wir haben gut vorgesorgt und es klappt, so die Meinung aller Betroffenen (*Applaus ÖVP*).

9) Derzeitiger Verhandlungsstand in der Entwicklung der Reininghaus-Gründe

GR. **Grosz** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister! Vor einigen Wochen konnten wir einmal mehr lesen, also genau vor zwei Wochen, die Meldung, dass bei den Reininghausgründen ein Abverkauf eines Grundstückes an den ÖAMTC stattfindet. Herr Bürgermeister, Sie sind in der glücklichen Situation gegenüber ihren Vorgängerinnen und Vorgängern, und zwar gegenüber sogar jenen, die historisch in die Ahnengalerie der Stadt Graz eingegangen sind, dass Sie der erste Bürgermeister wären, der tatsächlich nach den Gründervätern dieser Stadt wieder in der Lage ist, einen ganzen Stadtteil nach der Vision der politischen Entscheidungsträger entwickeln könnte.

Binnen eines Jahres ist die Vision Reininghausgründe das zweite Mal geplatzt. Einmal Asset One mit einem dubiosen Investor, dessen Mittel ohnedies von der Steiermärkischen Bank kommen, der kaum Eigenmittel hat, der dann abgesprungen ist, aber dann den Chef eines sogenannten Petruswerkes gebracht hat, Herrn Douglas Fernando, der in dem Bereich auch anklingen lässt, ja kein großes Interesse zu haben,

nicht zuletzt auch deswegen, weil es ja zu einer Teilerstückelung der Grundstücke kommt.

Ich habe jetzt unlängst vor einer Woche gesehen in Schladming bei den Besichtigungen der Projekte der Ski-WM 2013, wie wichtig es ist, dass die Stadt, dass eine Stadt, ein Verband die Möglichkeit hat, bei großen Projekten mit eigenen Grundstücken selbst zu entwickeln und sehr unproblematisch zu entwickeln, was auch für Graz sehr sinnvoll wäre, wenn die Stadt endlich in Vorlage treten würde und die Reininghausgründe übernehmen würde und mit Investoren, die wir uns selbst aussuchen können, dann diesen Stadtteil entwickelt, anstatt diese wertvollen Gründe der Immobilienspekulation hier in den Rachen zu werfen. Wir brauchen keine dubiosen Geschäftemacher mehr, wir brauchen keine dubiosen Persönlichkeiten, die nicht einmal den Namen Investor verdienen, sondern wir brauchen Menschen und auch Unternehmer, die unserer Vision nach einer Stadtentwicklung, einer ökosozialen Stadt folgen.

Und daher, sehr geehrter Bürgermeister, stelle ich an Sie die

Frage,

wie der derzeitige Verhandlungsstand rund um die Entwicklung der Reininghausgründe ist, auch im Hinblick dessen, dass die Stadt ja ohnedies, wenn es jetzt zerstückelt wäre, Investitionen zwischen zwei bis 2,5 Millionen Euro pro Hektar zahlen müsste für Investitionsprojekte wie Straßen, Schulen und Infrastruktur. Wie gesagt, Herr Bürgermeister, vielleicht haben Sie einen höheren Wissensstand als wir, das höchste Gremium, der Gemeinderat, und den mögen Sie doch bitte mit uns teilen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir wissen alle, dass diese Reininghausgrundstücke nun schon zumindest 30 Jahre in Diskussion sind, dass die Stadt Graz im Wege von Planungen, Überlegungen, ich weiß nicht wie viele Bebauungspläne, Entwicklungspapiere in den letzten 30 Jahren vorgelegt hat und dass es dann leider immer wieder an der Umsetzung gescheitert ist. Wir haben, nachdem Asset One diese Grundstücke wirklich auch neu definiert hat, sehr viel Geld ausgegeben hat, um dort vernünftige Planungen, Entwicklungen vorzusehen, irgendwann einmal erkennen müssen, dass Asset One auch im Zuge dieser Wirtschafts- und Finanzkrise die Luft ausgegangen ist, wie man es gut steirisch sagt. Daraufhin haben wir versucht, Kollege Rüscher hat ja auch die Verhandlungen geführt, dieses Grundstück oder diese Grundstücke, sind immerhin 550.000 m² allein bei Reininghaus, kommen die Puntigamgrundstücke ja auch in Frage, zu verhandeln, zu erwerben und soweit ich das noch richtig im Gedächtnis habe, waren ja außer der Koalition auch deine Fraktion dabei zu sagen, das sollten wir tun und diese Diskussion werden wir, glaube ich, auch wieder führen. Einfach deswegen, weil das, was unser Finanzdirektor damals auch klar gesehen hat, es für keinen Käufer, künftigen Käufer, eine Sicherheit geben kann, ob er nicht eine enorme Steuerlast zu tragen hat, und wir haben damals gesagt, 79,5 Millionen Euro sind wir bereit zu bezahlen, wir haben damals auch dazugesagt, dass wir diese Steuergefahr, die da besteht, weil die Buchwerte so niedrig sind, sicherlich nicht tragen werden und daraufhin hat Herr Scholdan uns zur Überraschung aller übers Wochenende einen Käufer präsentiert, der bis zum heutigen Tag, glaube ich, auch genau aus diesen steuerlichen Schwierigkeiten heraus nicht gekauft hat. Ich habe versucht, auch mit dem Herrn Dr. Fernando ein Gespräch zu führen, da hat er mir das dann auch bestätigt, also ich habe es nicht versucht, ich habe mit ihm ein Gespräch geführt, da hat er uns das bestätigt, dem Kollegen Rüscher und mir, und ich habe mich jetzt vor wenigen Tagen schriftlich an die Asset One gewendet und habe gebeten, uns die weiteren Entwicklungsabsichten bei den Reininghausgründen darzulegen. Faktum ist, es steht dort wieder alles. Wenn diese latente Steuergefahr nicht wegzukriegen ist, wird sich entweder der Kaufpreis massiv senken müssen oder wir werden eines Tages genau das tun müssen, nämlich drüber entscheiden, ziehen wir uns einfach

zurück und geben wir den Traum und die Möglichkeit auf, einen Stadtteil gemeinsam positiv zu entwickeln oder steigen wir ein und finden dann gute Investoren, mit denen man Stück für Stück das Ganze vorantreibt. In der Zwischenzeit waren wir fleißig und haben versucht zu erfahren von der Oberbehörde, von dem Land Steiermark, ob denn irgendetwas jetzt schon im Vorfeld gebaut werden dürfe, weil ja Dr. Fernando gesagt hat, er möchte an einem Teil anfangen, da haben wir klar von der Aufsichtsbehörde des Landes ein Nein bekommen. Darüber hinaus gilt es auch, das Stadtentwicklungskonzept jetzt fertig zu machen, auch da haben wir gefragt, kann da drinnen quasi ein weißer Fleck bestehen bleiben, auch da haben wir uns abgestimmt und sind zur Überzeugung gekommen, dass es besser ist, das Stadtentwicklungskonzept so zu belassen, wie es im Moment drinnen ist. Aber ich rechne damit, dass wir in wenigen Wochen einfach, und ich habe es auch in der Stadtregierung so schon gesagt, in der gesamten Stadtregierungsitzung das letzte Mal, dass wir jetzt auch als politische Fraktionen wieder zu beraten haben, ob wir einfach nur zusehen oder ob wir das Zepter des Handelns wieder in die Hand nehmen. Ich glaube, es wird diese, wenn jemand diese Steuerlast wegbekommt, dann war es das Modell von unserem Finanzdirektor, alle übrigen müssten aufgrund des Buchwertes und des Verkaufswertes in etwa 25 Millionen Euro Steuern bezahlen, das wird sich so nicht ausgehen und jetzt fragen wir einmal Asset One, wie sie weiter tun wollen, weil wir alle eigentlich drauf warten, weil das Petruswerk uns quasi signalisiert hat, um den Preis mit der Steuerlast nein. Also bleibt de facto nur einmal ein Gespräch wieder mit dem Eigentümer und mit den Banken, die sich mittlerweile eingetragen haben und dort stehen immerhin im Grundbuch Verbindlichkeiten bei den Banken von 90 Millionen Euro, also wer sich das einmal genauer angesehen hat, weiß, dass es eine enorme Summe ist. Das Konsortium führt die Steiermärkische Bank, aber es ist eine andere (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Herr Bürgermeister, dann wäre es doch einfach, mit der Steiermärkischen Bank, die das Konsortium führt, Kontakt aufzunehmen, denn Asset One gehört dort nichts. Mit der Bank, wo sie auch gute Kontakte sicherlich haben, zumindest mit dem Vorstand Fabisch, hier die nötigen Kontakte spielen zu lassen, dass die Stadt Graz direkt über die Bank diese Gründe übernimmt und die Bank gegenüber Asset One fällig stellt ansonsten, das wäre nämlich der einfachste Weg, anstatt Briefe zu schreiben mit der gleichen Antwort, wo der Herr Scholdan dann sagt, na ja, verkaufe es stückelweise oder uns wiederinhält. Wir haben auch heute die Möglichkeit, mit einem dringlichen Antrag des BZÖ diese politische Grundsatzentscheidung zu treffen, nämlich diese, dass die Stadt sie selbst übernimmt und Ihnen dann im Rahmen der Ferialermächtigung, Herr Bürgermeister, die nächsten zwei Monate die Möglichkeit auch gibt, in diese Richtung eindeutig zu gehen. Wir haben einen Grundsatzbeschluss, Sie haben richtigerweise gesagt, ÖVP, Grüne und BZÖ beschlossen, alle anderen Fraktionen waren ja nicht dafür, das betone ich heute einmal mehr. Aber wir sollten, glaube ich, in der Situation, wo Sie jetzt bestätigen, dass Petruswerk abgesprungen ist, definitiv, wirklich alles daran setzen, dass uns hier die Grundstücke nicht über den Sommer weggeraubt werden und Opfer der Spekulationen werden, daher frage ich Sie als Zusatzfrage, sind Sie bereit, erstens auch heute sich mit dem dringlichen Antrag näher auseinanderzusetzen, dass wir hier diesen Grundsatzbeschluss in eine Übernahme durch die Stadt fällen, also in einer Frage selbstverständlich, sind Sie bereit, damit auch im Wege der Bank, der Steiermärkischen Bank, mit Ihrem Finanzreferenten und mit der Finanzdirektion die Verhandlung zu führen, dass wir direkt über die Bank diese Grundstücke erwerben?

Bgm. Mag. **Nagl:** Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie man so durch das Leben und durch das Geschäftsleben geht. Ich habe mich eher immer daran gehalten, wenn ich etwas kaufen will, dass ich mir zwar angeschaut habe im Grundbuch, wer da oder welche Summen da eingetragen sind, trotzdem verhandle ich ganz gerne mit dem

Eigentümer, also wenn man ein Haus kaufen will, schaue ich nicht ins Grundbuch und sage, da ist noch die Bank drauf und ich gehe gleich zur Bank und sage, ich möchte das haben, sondern ich möchte den Eigentümer, und ich weiß nicht, eingetragen sind einmal so viele Millionen, was wirklich noch offen ist etc. das weiß ich nicht und das ist nicht lösungsfähig, das sind Mutmaßungen. Das kann ich also so nicht sagen. Selbstverständlich haben wir auch eine gute Gesprächskultur, auch mit den Banken, gehabt, damals im Übrigen gemeinsam mit den Eigentümern und das, glaube ich, ist auch die notwendige Vorgangsweise, um das auch zustande zu bringen. Ich sage noch einmal, wir sind überrascht worden, es gibt auch keine definitive Absage des Petruswerkes, ich habe nur herausgehört, dass das Problem, das ich im Übrigen auch am ersten Tag dem Herrn Dr. Fernando gleich gesagt habe, sich als wahr herauskristallisiert hat und er jetzt quasi noch einmal eine Verhandlungsrunde mit Asset One führt, und mir war es jetzt auch einmal wichtig, von Asset One selbst wieder eine Antwort zu bekommen, weil das Treffen mit dem Herrn Dr. Fernando wird uns nicht gleich weiterführen. Ich habe immer gesagt, wir haben alles beschlossen, was wir wollen, wir warten, wenn ich so sagen darf, Gewehr bei Fuß auf den neuen Käufer, wenn dieser nicht kommt, werden wir zu entscheiden haben hierherinnen, ob wir gemeinsam uns an dieses Projekt herantrauen, sage aber gleich dazu, alle Überlegungen, dass dort in drei/vier Jahren schon die Megasidelungen oder tolle Stadtkerne stehen werden, funktionierten nicht. Es wird 20 Jahre Entwicklungszeit brauchen, wir wissen, dass eine UVP von Seiten des Landes notwendig ist plus unsere Verfahren, plus Wettbewerb dazu, plus die Bauzeit, also die frühesten stehen dort in sechs Jahren, Gebäude. Ich möchte aber auch anmerken, dass, glaube ich auch, das Projekt Wien Aspang in der Zwischenzeit einmal ziemlich eingebremst wurde, aber ich denke mir, es ist trotzdem noch eine Chance da, dass wir gemeinsam entwickeln. Zur Frage der, ich weiß nämlich nicht, ob ich noch dazukommen werde, die Frau Gemeinderätin Krampfl richtet auch die Frage an mich, wie das mit den Teilverkäufen aussieht. Beim Teilverkauf ist es relativ einfach, wir haben seit langem vom ÖAMTC den Wunsch am Tisch liegen gehabt, dort zu investieren. Der bisherige Eigentümer hat es bislang nicht getan, nachdem der

ÖAMTC aber seine Entscheidung jetzt gebraucht hat, haben sie uns auch gefragt, nachdem es von der Widmung her absolut richtig und für uns auch zukünftig mit unserem Rahmenplan passend war, es dort zu tun, haben wir dem ÖAMTC, der auf der Suche nach seinem neuen Prüfungszentrum war, grünes Licht gegeben, das heißt, sie haben diesen Teilverkauf mit unserer Zustimmung quasi bekommen. Weitere Teilverkäufe sind möglich, jeder Eigentümer könnte dort abverkaufen. Ich glaube aber, dass weder der jetzige Eigentümer noch die Banken irgendein Interesse daran haben, wirklich zu filetieren, sie würden auch mit der Filetierung sich nur kurzzeitig über Wasser halten, es gehört eine gesamte Lösung her und ich hoffe, dass ich eine ordentliche Antwort auch von Asset One und vom Petruswerk bekomme, dann werde ich alle Fraktionen wirklich ersuchen, dass man gemeinsam noch einmal beraten, dass wir diesen Schritt tun und dann setzen wir uns mit Eigentümern und Banken vielleicht auch gemeinsam an den Tisch (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

10) Logo des Kulturamtes auf sexistischen Plakaten

GR. Mag. **Molnar** stellt an StR. Mag. **Müller** folgende Frage:

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Mit großer Anstrengung ging die ehemalige Stadträtin Elke Edlinger gegen Plakate vor, auf welchen - nach ihrer Ansicht - Frauen sexistisch abgebildet wurden.

Mit Verwunderung konnte ich Plakate der Theater-Gruppe „Theater im Keller“ im Grazer Stadtgebiet entdecken, auf welchen ein überdimensionales Dirndl-Dekolleté

mit „kellertiefem“ Ausschnitt für eine Theaterproduktion wirbt. Umso mehr war ich erstaunt, als ich das Logo der Stadt Graz – Kulturamt auf diesem Plakat vorfand. Eine entsprechende Rüge wurde auch von der „Watchgroup für sexistische Werbung“ erteilt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Kulturstadtrat Mag. Edmund Müller, die

Frage:

Treten Sie für ein liberaleres Weltbild als Ihre Vorgängerin ein oder wurde dieses Plakat etwa mit anderen Maßstäben gemessen?

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Das, was Sie hier sagen über Stadträtin Elke Edlinger, dass sie sich dafür sehr eingesetzt hat, das kann ich nur unterstreichen, sie hat vollkommen Recht gehabt. Da hat es genügend Anlässe gegeben, wo dieses Einschreiten auch wirklich notwendig war und ich glaube, wo es dafür auch eine ganz breite Mehrheit gibt. Vielleicht zu diesem Fall, den Sie hier ansprechen, möchte ich Ihnen sagen, es gibt ja eine Subventionsordnung der Stadt Graz, die es vorsieht, dass eben bei Plakaten, Druckwerken, Werbemitteln von Initiativen, die von der Stadt Graz gefördert werden, dass dort auch das Logo der Stadt Graz drauf sein muss.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Stadtregerer nicht drauf.

StR. Mag. **Müller**: Nein, es ist in der Subventionsordnung so drinnen, dass das Logo drauf sein muss, also das ist einmal ganz formal, das ist einfach so, wenn Steuermittel drinnen sind, dann muss das drauf sein. Es ist allerdings so, und ich möchte darauf eingehen, dass es natürlich hier es sich auch um einen künstlerischen Inhalt handelt, dieses Theaterstück, auch die Gestaltung eines Plakates, da ist es so, dass ich auch in Zukunft nicht vorhabe, mich einzumischen. Warum nicht? Es ist so, dass es einen Fachbeirat gibt, der auch dann diese Förderung zu beurteilen hat und ich sage, ich werde es auch dort einbringen, weil es natürlich eine Frage ist, wie ist so ein Plakat zu werten, da gibt es künstlerische Inhalte, Zielsetzungen und jetzt ein Punkt, ich werde es auch zum Gegenstand im Kulturbeirat der Stadt Graz machen, wo durchaus diese Dimension auch behandelt werden soll, wie weit hier eben künstlerische Freiheit geht und auf der anderen Seite, was da an Gestaltung dann auf Plakaten erscheint und wo wir dann auch sagen können, kann man das akzeptieren. Die Liberalität ist hier durchaus einer der Punkte, wo man sagt als Kulturstadtrat, auch möchte ich hier Entwicklungen zulassen und hier auch nicht vorschnell urteilen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Mich hätte vielleicht nur interessiert, ob Sie das mit Ihrer Kollegin auch so abgesprochen habe. Ich meine, wie gesagt, kunstvoll, über Kunst kann man zum Glück streiten, wo da die Kunst ist.

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Molnar**: Ja, dreimal, aber wie gesagt, haben Sie mir Ihrer Kollegin Frau Schröck das ...

StR. Mag. **Müller**: ...gefragt hat und das auch eine Kulturfrage ist, sage ich Ihnen, dass ich sehr wohl mit dem Theater im Keller Rücksprache gehalten habe, aber das ist ein Bereich, der eindeutig dem Kulturbereich zugeordnet ist und wir natürlich auch im Klub darüber gesprochen haben und ich diese Anfragebeantwortung auch aus dem Kulturbereich heraus mache (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

11) Reininghausgründe

GRin. **Krampl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Krampl**: Ich möchte das jetzt abkürzen. Die Frage ist eigentlich schon beantwortet worden, also in Wahrheit können wir eine Filetierung nicht verhindern, sollten die Verkäufe hier unter der jetzigen Ausweisung sozusagen vonstatten gehen. Also das ist mir auch klar. Meine Frage bezieht sich, oder meine Zusatzfrage, die ich gehabt hätte, schon beantwortet, Ausweisung im STEK, haben Sie gesagt, würde, wenn sich nichts ändert, so bleiben wie es jetzt ist, also Gewerbegebiet-Ausweisung. Meine Frage, die mich trotzdem ein bisschen beschäftigt ist, sollte es zu weiteren Teilverkäufen oder zu einer sukzessiven Verwertung der Fläche kommen, wie würde es dann aus Ihrer Sicht mit der UVP ausschauen? Sehen Sie eine Möglichkeit beziehungsweise besteht die Gefahr tatsächlich, dass damit eine UVP sozusagen umgangen werden könnte? Das ist meine Sorge.

Bgm. Mag. Nagl: Also das funktioniert eben nicht mehr, das war auch die Frage des Herrn Dr. Fernando, kann ich irgendwas vorziehen, kann ich irgendwas tun, wenn es nicht dem bisherigen Widmungszweck entspricht. Können wir was umwidmen, ja oder nein? Alles, was du dort im Moment aufgrund der Widmung bauen darfst, darfst du natürlich machen, also der ÖAMTC kann dort bauen, weil die Widmung dafür vorgesehen ist, aber du kannst diese gesamten Umwidmungen etc nicht tun. Das heißt auch ganz konkret, jeder Käufer weiß, dass er ohne Stadt Graz und ohne das langwierige Verfahren auch mit dem Land Steiermark und der notwendigen UVP dort nichts verändern kann. Du kannst es filetieren, dann darfst du nur mit den bisherigen Widmungen quasi etwas bauen, wir haben auch über eine Bausperre über das Gebiet nachgedacht, das ist aber durchaus auch sehr heikel und es ist auch aus rechtlicher Sicht noch nicht klar, ob die Verordnung einer Bausperre dann nicht zivilrechtliche Folgen hat, das heißt, wir werden jetzt einmal prüfen lassen, das sowohl raumordnungs-, baurechtlich- als auch zivilrechtlich, was man da tun kann. Ich denke mir, dass es aber nicht notwendig ist, weil es weiß jeder, und da geht es um so viel Geld und um so Riesengrundstücke, dass das keinen Sinn macht, also es muss die Vernunft da, wenn ich so sagen kann, einkehren. Ob es jemand privat kauft, dann muss er die Steuerlast zahlen oder wir machen es gemeinsam. Andernfalls werden große finanzielle Probleme auftreten, aber ohne Stadt Graz kannst du den Verwendungszweck, wenn ich so sagen darf, oder unsere Umwidmung und ohne UVP wird dort keiner etwas entwickeln können (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.